

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien
am Montag, dem 06.03.2023, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:40 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	6
2.	Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien	043/2023 7
3.	Bericht der Verwaltung	8
4.	Kindergartenbedarfsplanung 2023/2024	012/2023 10
5.	Energiekostenzuschuss im Bereich der Kindertagespflege	013/2023 13
6.	Gewährung eines Zuschusses zur Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen in der Kindertageseinrichtung St. Margaretha Ennigerloh/Ostenfelde	014/2023 14
7.	Übertragung der Aufgabenwahrnehmung der gesetzl. Amtsvormundschaften für die Städte Beckum und Oelde im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung	020/2023 15
8.	Jahresbericht Jugendhilfe des Amtes für Jugend und Bildung	015/2023 16

Anlagen

Anlage 1: Präsentation zu TOP 4: Kindergartenbedarfsplanung 2023/2024

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Blex, Klaus, Dr.
Brinkmann, Sandra
Brockmann, Dagmar
Budde, Reinhard
Claßen, Anne
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Hamann, Maria
Irzik, Christoph
Könitzer, Pierre
Kraft, Herbert
Luster-Haggeney, Rudolf
Nienkemper, Dorothea
Ostermann, Norbert
Pinnekamp, Ursula
Sachtleber, Heiko
Schmedding, Dirk
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
von der Verwaltung
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Frölich, Anke
Kemker, Fenja
Peters, Frank
Wiesmann, Frank
Windoffer, Ansgar

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Korf, Gertrud

Matysiak, Matthias

Roland, Klaus

Stricker, Guido

Ströse, Dana

Frau Grap begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Für die Sitzung haben sich **Frau Aydemir, Frau Korf, Herr Matysiak, Herr Roland, Herr Stricker** und **Frau Ströse** abgemeldet. Es fehlen weiterhin **Frau Bothe, Herr Horstmeyer** und **Frau Riveiro Vega**.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es bestehen keine Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner.

2.	Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien	043/2023
-----------	--	-----------------

Da seitens der Mitglieder keine Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss bestellt Frau Dr. Anna Arizzi Rusche zur Schriftführerin des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Sie wird vertreten durch die übrigen Dezernatsleitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15

3. Bericht der Verwaltung

Frau Frölich berichtet über den aktuellen Sachstand der Corona-Pandemie und über Änderungen des Bekleidungsgeldes für junge Menschen in stationären Einrichtungen.

Sachstand Corona

Die Corona-Pandemie habe zu deutlich höheren Hilfebedarfen geführt.

Das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ mit den Fördersäulen II und III ist zum 31.12.2022 ausgelaufen. Nun hat das Land NRW darauf hingewiesen, dass überzahlte Mittel zurückgezahlt werden müssen. Aktuell werden die Ausgaben für den Verwendungsnachweis ermittelt. Der Kreis Warendorf hat den überwiegenden Teil der Mittel verausgabt.

Auch aus der Aufstockung des Bundesfonds „Frühe Hilfen“ sind überzahlte Mittel zurückzuzahlen. Hier wird es ebenso zu einer Rückzahlung kommen. Derzeit wird die Höhe der Rückzahlung ermittelt; diese wird jedoch relativ gering ausfallen. Über die exakten Ausgaben wird in der kommenden Sitzung berichtet.

Bekleidungsgeld

Gem. § 39 SGB VIII erhalten junge Menschen, die in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind, eine Bekleidungspauschale. Diese wurde im Landesrahmenvertrag NRW vor ca. 20 Jahren festgesetzt und seitdem nicht mehr fortgeschrieben. Der Landesrahmenvertrag wurde gekündigt und wird aktuell neu verhandelt. Daher hat die Landesarbeitsgemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege NRW eine Empfehlung zur Anpassung der Bekleidungspauschale ausgesprochen. Die Bekleidungspauschale soll gemäß den Vorgaben des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und den entsprechenden Altersstufen rückwirkend zum 01.01.2023 angepasst werden. Die neuen Stufen sind wie folgt geplant:

Altersgruppe	Neues Bekleidungsgeld	Bisheriges Bekleidungsgeld
0 bis u6	50,87 €	37,42 €
6 bis u14	42,19 €	37,42 €
Ab 14	50,20 €	40,76 €

Mit der Anpassung an das Regelbedarfsermittlungsgesetz erfährt die Bekleidungspauschale eine Dynamisierung. Da die Empfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft keine Bindung haben, aber eine einheitliche Vorgehensweise auf Münsterlandebene sinnvoll ist, konnte nach enger Abstimmung mit den Münsterlandjugendämtern eine einheitliche Umsetzung zum 01.04.2023 vereinbart werden. Für den Kreis Warendorf ergeben sich dadurch Mehraufwendungen von rund 7.500 €, die im Gesamtbudget gedeckt werden können.

Frau Nienkemper fragt, ob die Mittel durch die Wohlfahrtsverbände ausgegeben werden.

Frau Frölich bestätigt dies. Für die jungen Menschen, die in stationärer Hilfe leben, wird in der Regel ein eigenes Bekleidungsgeldkonto angelegt. Auf diesem Konto werden die dem Kind bzw. Jugendlichen zustehenden Gelder verwaltet und entsprechend zur Verfügung gestellt.

4. Kindergartenbedarfsplanung 2023/2024

012/2023

Frau Frölich und **Herr Peters** stellen anhand der beigefügten PowerPoint-Präsentation (Anlage 1) die Kindergartenbedarfsplanung 2023/2024 vor.

Herr Peters führt aus, dass Eltern, die noch nicht im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Bildung leben, aber trotzdem ihre Kinder schon in den Einrichtungen angemeldet haben, eine Quote von 101,4 % ausmachen (Folie 2). Durch Neubaugebiete und Zuzüge steige der Bedarf an Betreuungsplätzen weiter. Weiterhin führt er auf, dass allen Familien ein bedarfsgerechtes Angebot gemacht werden kann. Eine Betreuung im Umfang von 45 Stunden soll ermöglicht werden. Bezüglich der Entwicklung der Betreuungsplätze im Verhältnis zu den Kinderzahlen (Folie 5) seien die jährlichen Schwankungen dieser Zahlen eine planerische Herausforderung.

Frau Frölich ergänzt, dass eine Deckung des Betreuungsbedarfs ohne die Kindertagespflege nicht möglich sei. Diese habe heute eine andere Wertigkeit als früher. Das Amt für Jugend und Bildung habe hierzu auch Informationsbroschüren herausgegeben. Ziel sei es, weitere Personen für die Kindertagespflege zu gewinnen. Der Personalmangel würde auch hier ein Problem darstellen. Eine Prognose sei zwar nicht möglich, aktuell sei die Situation noch zufriedenstellend.

Herr Peters weist im Rahmen der finanziellen Auswirkungen (Folie 7) auf die deutliche Kostensteigerung aufgrund der erhöhten Kindpauschalen sowie der Mieten hin. Grund hierfür sei u.a., dass der vom Land NRW festgelegte Dynamisierungsfaktor mit 3,46 % deutlich über dem geplanten Faktor (1,5 %) liege. Insgesamt ergebe sich eine Verschlechterung in Höhe von 830 T€ für das Haushaltsjahr 2023.

Im weiteren Verlauf stellt **Herr Peters** die derzeitige Ausbauplanung je Ort vor.

Korrektur zur Vorlage 012/2023 (S. 4): Der Mehraufwand liegt nicht bei 940 € sondern bei ca. 940.000 €.

Korrektur zur Kitaausbauplanung in Everswinkel (Folie 10): Die neue Einrichtung wird nicht drei-, sondern fünfgruppig geplant. Da noch kein Investor feststeht, wird das Projekt ggf. anders zu planen sein. Der Niederschrift ist die korrigierte Präsentation beigefügt.

Frau Brockmann fragt, ob die Bedarfe der Familien kontrolliert werden.

Herr Peters erläutert, dass die Eltern sich zu wahrheitsgemäßen Angaben in den Antragsformularen verpflichten. Eine Kontrolle sei wegen des hohen Aufwands nicht möglich. Für 2024 sei erstmalig die vollumfängliche digitale Anmeldung geplant. Er hofft, dass dann weiterhin wahrheitsgemäße Angaben gemacht werden.

Frau Grap freut sich, dass die Betreuungsbedarfe im Kreis so gut gedeckt werden können.

Herr Strübbe fragt, ob die Personalsituation im Hinblick auf die vielen Ausbauten problematisch sein könnte. Er erkundigt sich, ob auch die Öffnungszeiten zur Bedarfsdeckung flexibler geplant werden.

Frau Frölich erklärt, dass bei weiterer Flexibilisierung der Öffnungszeiten die Personalsituation herausfordernd werde. Die Eltern würden überwiegend eher ein verlässliches Angebot während der Kernzeiten nutzen. Das Personal solle gehalten und die Arbeit möglichst attraktiv gestaltet werden. Es werde versucht, dies mit den Wünschen der Eltern in Einklang zu bringen.

Herr Schmedding fragt nach der aktuellen Personalsituation.

Herr Peters antwortet, dass jedes Jahr im Januar Planungsgespräche mit den Trägern stattfinden und dort auch die Personalsituation beleuchtet werde. Diese haben sich zuletzt optimistisch geäußert.

Frau Brockmann erfragt, ob die Träger Module kaufen oder mieten müssen oder ob der Kreis diese verleiht.

Herr Peters gibt an, dass die sechs Module vom Kreis angeschafft und den Trägern zur Verfügung gestellt werden. Die Träger würden Miete in Anlehnung an die vom Land festgelegten Mieten an den Kreis zahlen, sodass die Module refinanziert werden. Er betont, dass die Module in der Ausstattung den üblichen Kindertageseinrichtungen in nichts nachstehen.

Herr Ostermann überlegt, ob die Investorenmodelle aufgrund der steigenden Zinsen zukünftig schwieriger werden.

Frau Frölich erläutert, dass die Kommunen im Vergleich zu den Trägern stärker betroffen seien. Die steigenden Baukosten, Zinsen etc. seien jedoch sehr herausfordernd, insbesondere für die Städte und Gemeinden.

Herr Schmedding verlässt die Sitzung.

Frau Claßen fragt, ob die Versorgungsquote (55,7 %) für Kinder unter drei Jahren tatsächlich höher als die Anmeldequote (47,1 %) sei.

Herr Peters erklärt, dass sich die Anmeldequote ausschließlich auf die Anmeldungen für die Kindertageseinrichtungen bezieht, während die Versorgungsquote auch die Kinder in der Kindertagespflege umfasse.

Auf die Frage von **Herrn Blex**, wer in Kindertageseinrichtungen investiert, antwortet **Herr Peters**, dass die Kommunen die Infrastruktur gestalten und von der Kreisverwaltung nur die Bedarfsplanung übernommen werde. Daher sei dies dem Kreis nicht ausdrücklich bekannt. Häufig handele es sich jedoch um Bauunternehmen.

Frau Frölich fügt hinzu, dass der Fokus bei diesen Investitionen nicht auf dem Gewinn, sondern auf der Refinanzierung liege.

Da seitens der Mitglieder keine weiteren Nachfragen bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024 festgelegten Gruppenformen und die sich daraus ergebenden Kindpauschalen gemäß § 33 KiBiz (Einrichtungsbudget) für die Tageseinrichtungen sowie die Anzahl der erforderlichen Integrationsplätze im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Bildung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

5.	Energiekostenzuschuss im Bereich der Kindertagespflege	013/2023
-----------	---	-----------------

Da seitens der Mitglieder keine Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien stimmt der einmaligen Anpassung der laufenden Geldleistungen im Bereich der Kindertagespflege um 3,46 % für das Kindergartenjahr 2023/24 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

6.	Gewährung eines Zuschusses zur Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen in der Kindertageseinrichtung St. Margaretha Ennigerloh/Ostenfelde	014/2023
-----------	---	-----------------

Da seitens der Mitglieder keine Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines einmaligen Zuschusses von bis zu 30.000 € für die Ausbaumaßnahmen in der Kindertageseinrichtung St. Margaretha in Ennigerloh-Ostenfelde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

7.	Übertragung der Aufgabenwahrnehmung der gesetzl. Amtsvormundschaften für die Städte Beckum und Oelde im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung	020/2023
-----------	---	-----------------

Da seitens der Mitglieder keine Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Städten Beckum und Oelde auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung der gesetzlichen Amtsvormundschaften zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

8.	Jahresbericht Jugendhilfe des Amtes für Jugend und Bildung	015/2023
----	---	-----------------

Herr Windoffer stellt Auszüge aus dem Jahresbericht der Jugendhilfe des Amtes für Jugend und Bildung des Jahres 2022 vor. Er erklärt, dass der Allgemeine Soziale Dienst (ASD, S. 17 ff.) jede Meldung einer möglichen Kindeswohlgefährdung durch zwei Personen prüfe und das weitere Vorgehen plane. In den meisten Meldungen liege zwar keine Kindeswohlgefährdung, jedoch ein Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarf vor. Insgesamt seien im Bereich des ASD stark steigende Fallzahlen zu verzeichnen. Die Meldungen aus dem Bereich Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft haben sich bereits das zweite Jahr in Folge verdoppelt. Auch die Meldungen von Nachbarn und Bekannten sind stets gestiegen. Dies wird auf eine hohe Sensibilität für das Wohl von Kindern auch im näheren bzw. privaten Umfeld zurückgeführt.

Auch würden die Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (S. 20 f.) steigen. Die meisten UMA stammen aus Kriegsgebieten wie Afghanistan, Syrien und der Ukraine.

Frau Brockmann stellt sich die Familienzusammenführung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge schwierig vor. Sie fragt, wie die Vorgehensweise sei und wo Probleme lägen.

Herr Windoffer antwortet, dass bei unbegleiteten Minderjährigen aus der Ukraine die Väter meist in der Ukraine bleiben. Häufig gäben die Eltern ihre Kinder an Vertrauenspersonen in Deutschland ab und reisten dann zurück in die Ukraine. Bei den anderen Herkunftsländern sei ein Nachzug der Eltern oft – auch ausländerrechtlich – nicht möglich.

Herr Ostermann lobt, dass der Kreis Warendorf im Vergleich zu anderen am Vergleichsring teilnehmenden Kommunen im Bereich Kennzahlen bei den Kosten häufig unter dem Median liegt.

Herr Sachtleber verlässt die Sitzung.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Grap um 16:40 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

gez.

Valeska Grap
Vorsitzende

Dr. Anna Arizzi-Rusche
Schriftführerin